

# Konsequenterer Resozialisierung

In der vergangenen Landtagssitzung wurde ein neues Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch beschlossen, in dem alle Haftarten, neben dem Erwachsenenvollzug auch der Jugendstrafvollzug und die Untersuchungshaft, geregelt werden. Sabine Berninger unterstrich in der Debatte die Kritik der LINKEN an der Überführung der Gesetzgebungszuständigkeit für den Justizvollzug vom Bund auf die Länder – vor allem mit Blick auf eine „Rechtszersplitterung“ und die Gefahr eines „Spar- und Verwahrvollzugs“ unter den Ländern.

Der Gesetzentwurf berücksichtige zwar das Resozialisierungsziel, die Regelungen müssten aber noch viel stärker darauf ausgerichtet sein. Daher hatte die LINKE einen umfangreichen Änderungsantrag eingebracht. So ist es mit Blick auf die verfassungsrechtlichen Trennungsgelänge zwischen den Haftarten und der in der U-Haft geltenden Unschuldsvermutung problematisch, dass alle Haftarten in einem Gesetz geregelt werden.

LINKE-Justizpolitikerin Berninger machte deutlich, dass die Änderungsanträge der Fraktion die Qualitätsstandards für alle drei Haftarten so gestalten, dass der Bruch zum Alltagsleben „draußen“ nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und im Sinne einer wirksamen Resozialisierung so gering wie möglich gehalten

wird, z.B. durch entsprechende Kommunikationsmöglichkeiten mit „draußen“ oder die Abschaffung von Anstaltskleidung.

Die Änderungsanträge greifen Punkte auf, für die die Fraktion schon während der Beratungen zum LINKE-Entwurf für ein Jugendstrafvollzugsgesetz im Jahr 2007 von zahlreichen Anzuhörenden Unterstützung bekommen hat, so die Schaffung eines sozialen Unterstützungsnetzes (mit Arbeitsagentur oder Jugend- und Sozialamt ab dem ersten Hafttag, eingeschlossen die „Nachbetreuung“, um das Rückfallrisiko zu minimieren), die Aus- und Weiterbildung in der JVA, die Einführung der konsensualen Streitschlichtung und eines wirksamen Rechtsschutzes.

## LINKER Entschließungsantrag

Die LINKE greift auch Forderungen aus der aktuellen Anhörung auf, wie die Vorschläge des Landesdatenschutzbeauftragten, die Forderung der Landesärztekammer und der Anwaltsverbände nach notwendigem Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt bzw. Mandant und Anwalt. Mehrere Änderungen beziehen sich auf die Verbesserung der von vielen Seiten seit langem monierten medizinischen und therapeutischen Versorgung im Vollzug.

Die Linksfraktion brachte mit Blick auf die zu erwartende Ablehnung ihres Änderungsantrags auch einen Ent-

schließungsantrag ein, in dem detailliert gefordert wird, durch ein umfassendes Evaluierungsverfahren unter Beteiligung des Kriminologischen Dienstes die Umsetzung der Justizvollzugsgesetzbuchs kritisch zu begleiten, es auf seine Wirksamkeit in der Praxis und etwaige – zu beseitigende Mängel hin – zu überprüfen.

Dazu Sabine Berninger: „Wenn die CDU/SPD-Regierungskoalition schon nicht bereit ist, substanzielle Änderungen am Regierungsentwurf vorzunehmen, so verwundert doch sehr, dass von Seiten der Koalition nicht einmal die Bereitschaft bestand, die Änderungsforderungen des Landesdatenschutzbeauftragten in die Beschlussempfehlung aufzunehmen.“

Und weiter: „Mit Blick auf die Absicherung der praktischen Umsetzung des Gesetzes greift die LINKE-Fraktion die medizinische Versorgung und andere Problembaustellen auch im Entschließungsantrag auf. Der Justizvollzug – soll er als konsequenter Resozialisierungsvollzug wirksam sein – braucht die notwendige personelle, sächliche und finanzielle Ausstattung – und zwar kontinuierlich und verlässlich.“ Die LINKE-Fraktion wird in Sachen „kritische Begleitung“ des Vollzugs schon im kommenden Justizausschuss wieder aktiv mit einem Antrag zur kontinuierlichen Förderung von Resozialisierungsmaßnahmen für straffällige Jugendliche.

Sandra Steck

## Paralympisch

Angesichts der Tatsache, dass kein Thüringer Sportler an den Paralympics in Sotschi teilnimmt, hatte MdL Maik Nothnagel erklärt: „Bedauern hilft nicht. Verantwortliche müssen sich fragen lassen, was für die Förderung des Behindertensports in Thüringen getan wurde und ob die so gepriesenen Wintersportbedingungen für Sportler mit Behinderung in Oberhof ausreichend sind.“

Die Vizepräsidentin des Thüringer Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbandes (TBRV), Marion Peters, hatte gesagt, dass man für die Förderung des Behindertensports einen langen Atem braucht. Wenn jetzt das Ziel darin besteht, in Thüringen einen paralympischen Stützpunkt im Wintersport zu errichten und Athleten zu fördern, die international an den Start gehen können, „dann ist das doch ein Eingeständnis dafür, dass bisher nicht allzu viel erreicht wurde“, gab der Inklusionspolitische Sprecher der Linksfraktion zu bedenken. Im Auftrag des Thüringer Wirtschaftsministeriums hat der TBRV nun ein Konzept erarbeitet, um den Standort Oberhof auch für den Behindertensport attraktiv zu machen. Gegenwärtig besteht aber die Gefahr, dass es durch Kostenexplosionen zu Abstrichen bei der geplanten Barrierefreiheit des Multifunktionsgebäudes in Oberhof kommt. Das würde gleichzeitig die in diesen Fragen viel gelobte Änderung der Thüringer Bauordnung konterkarieren. ■

## Einladung: „Jetzt Plan Bildung!“-Konferenz

**Ein Bildungswesen mit wahrer Chancengerechtigkeit. Dies ist der Anspruch, den DIE LINKE an ihre Bildungspolitik stellt.**

Die Thüringer Bildungslandschaft ist im Wandel und hat zum Teil mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Unzählige Projekte und Pilotphasen stehen massivem Unterrichtsausfall an den Schulen, prekären Beschäftigungsverhältnissen an den Hochschulen und fehlenden Finanzen im gesamten Bildungswesen gegenüber. Gleichzeitig werden aber hohe Anforderungen an die Pädagoginnen und Pädagogen gestellt. Mit ihrer Konferenz „Jetzt Plan Bildung!“ will die Landtagsfraktion DIE LINKE einen Beitrag in der aktuellen Bildungspolitik im Freistaat leisten, sich über Möglichkeiten und Ziele im Bildungswesen intensiv austauschen mit Pädagoginnen und Pädagogen, Angestellten, Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Eltern und selbstverständlich allen Interessierten.

Die LINKE ist der Überzeugung, dass Thüringen einen Plan B, einen Plan für ein gerechtes, emanzipatorisches und demokratisches Bildungswesen dringend nötig hat.

**Die Bildungskonferenz findet am Samstag, den 5. April 2014, 9.00 bis 18.00 Uhr im Landtag in Erfurt statt:**

9.00 Improvisationstheater

9.30 Eröffnung Dr. Birgit Klaubert, Landtags-Vizepräsidentin, Sprecherin für Kulturpolitik der Linksfraktion

10.00 Workshop-Phase 1  
13.00 Workshop-Phase 2  
15.30 Podiumsdiskussion  
16.30 Auswertung und  
Abschluss der Konferenz

### Workshops

- I. Eine Schule für alle! Gemeinschaftsschule jetzt?
- II. Von Luft und Berufung leben. Reicht das für die BildungsarbeiterInnen?
- III. Keine Noten – keine Leistung?
- IV. Bund, Land, Kommune – wer soll die Bildungsverantwortung tragen?
- V. Unterrichtsausfall – Was tun?
- VI. Digitale Klassenzimmer im maroden Schulgebäude?

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Zauberwort „5G“

Meine heutige Geschichte klingt wie ein Märchen. Es war also einmal, da hieß es, Deutschland und Großbritannien könnten „in dieser Revolution eine führende Rolle einnehmen“. Angekündigt hatte das der britische Premierminister David Cameron. Premierminister, das ist auf der Insel fast wie König. Revolution? Jawohl, und von Angela Merkel (die manchem vorkommt wie die böse Hexe des Ostens) wurde es sogar ausdrücklich bestätigt: man arbeite „intensiv“ daran. An der Revolution? Genau.

Aber keine Angst, gemeint ist (natürlich) nur schnelleres Internet. Das Zauberwort heißt hier nicht Abrakadabra, sondern „Netz der fünften Generation“ oder kurz „5G“. Dieses Netz soll nicht nur 1000-mal schöner, sondern vor allem 1000-mal schneller sein als der bisher modernste Standard. Daran wird nicht die Hogwarts-Schule für Hexerei und Zauberei arbeiten, sondern die Technische Universität Dresden, das King's College London und die Universität von Surrey. Verkündet wurden die revolutionären Ideen auf der Messe CEBIT, deren Partnerland in diesem Jahr Großbritannien ist – eigentlich ein Widerspruch in sich. Denn einer der Schwerpunkte der CEBIT liegt auf Datenschutz und IT-Sicherheit und der britische Geheimdienst GCHQ hat wegen der flächendeckenden Internetüberwachung nebst der amerikanischen NSA einen denkbar schlechten Ruf – wie eine Mischung aus Rumpelstilzchen und dem Drachen Smaug. Bei so viel märchenhaftem Glimmer wollte auch die hiesige CDU nicht abseits stehen.

Die hat angekündigt, Thüringen – diesmal wirklich! – „zum digitalen Wachstumsland in Deutschland“ zu machen und in einem ersten Schritt für einen flächendeckenden Zugang zu schnellem Internet zu sorgen. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann versprechen sie bis zum 14. September. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.